



## **Manfred Groh**

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.  
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:  
Karlsruher Str. 88  
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995  
Telefax: 0711 2551 997  
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985  
Telefax: 0711 2063 14 985  
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 30.10.2013

## **Pressemitteilung**

### **Manfred Groh MdL: „Grün-Rot hüllt sich bei Ersatzbrücke in Schweigen“**

Ein parlamentarischer Antrag (Drs. 15/4101) des CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh an das baden-württembergische Verkehrs- und Infrastrukturministerium (MVI) zur Anmeldung der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan belegt, wie schwer sich die Landesregierung mit dieser einseitigen Initiative tut. „Die Antwort des MVI zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass berechtigte Fragen von Frau StaS'in Dr. Splett nur ausweichend beantwortet wurden“, so Manfred Groh. In dem Antrag wurde das MVI u.a. mit Äußerungen des rheinland-pfälzischen Verkehrsministeriums konfrontiert, wonach das einseitige Vorgehen Baden-Württembergs im Vorfeld nicht ausreichend abgestimmt worden sei. Dr. Splett versucht in ihrer Antwort den ganzen Vorgang herunter zuspielden und hüllt sich bei wesentlichen Fragen in Schweigen.

Aufschlussreicher hingegen war die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsabgeordneten Martin Brandl (Rülzheim). Auf die Frage, ob sich Rheinland-Pfalz bei der Aufnahme einer Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan engagieren werde, antwortete der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Roger Lewentz (SPD) kurz und knapp: NEIN.

Diese Aussage ist eindeutig und unmissverständlich. Schließlich haben Planungsfachleute beiderseits des Rheins eine Ersatzbrücke bereits vor Jahren geprüft und als Alternative verworfen. Dass nun Politiker von Grün-Rot aus dem hohlen Bauch heraus diese Fachplanung anzweifeln, macht einmal mehr die Verhinderungstaktik deutlich.

„Die nun vorliegenden Antworten lassen erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob man in der Rheinbrückenfrage tatsächlich eng zusammenarbeitet. Vielmehr ist daraus zu schließen, dass Rheinland-Pfalz nach wie vor an den Planungen zur zweiten Rheinbrücke festhält. Durch das einseitige Vorgehen des MVI und von OB Dr. Mentrup ist zu befürchten, dass das Verhältnis zu Rheinland-Pfalz in dieser Frage erheblichen Schaden genommen hat“, vermutet Groh.

Eines macht die Antwort des MVI indes deutlich: Die Aufnahme der Ersatzbrücke wurde unter größtem zeitlichen Druck in die Anmelde-Liste für Straßenbauvorhaben des Landes Baden-Württembergs aufgenommen. Zwischen dem offiziellen Schreiben des MVI an das Land Rheinland-Pfalz und das Regierungspräsidium Karlsruhe vom 23. September 2013 sowie der Veröffentlichung der Anmelde-Liste inklusive Kabinettsbeschluss am 1. Oktober 2013 liegen gerade einmal eineinhalb Wochen. „Dieses Vorgehen zeigt, dass die Ersatzbrückendiskussion vollkommen überhastet aus den Hinterzimmern des grünen MVI hervorgezaubert wurde und nur dazu dienen soll, die zweite Rheinbrücke zu verhindern“, so der CDU-Landtagsabgeordnete abschließend und zweifelt damit die Erfolgsaussichten der Ersatzbrücke beim Bund an.